

A10 Bremen für alle! Statt für Profite.

Antragsteller*innen: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bremen, dort beschlossen am 14.10.2026 (Grüne Jugend Bremen)
Grüne Jugend Bremen (dort beschlossen am: 14.10.2026)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 In Bremen läuft einiges schief. Wohnen wird immer teurer und viele Leute wissen
2 kaum noch wie sie Essen und Miete bezahlen sollen. Marode Schulen und
3 ausfallender Unterricht sind zum normalfall geworden. Und bei all den Krisen auf
4 der Welt fällt Klimaschutz immer wieder hinten runter und wir müssen hoffen,
5 dass Bremen nicht in 10 Jahren unterwasser steht.
- 6 Genau dagegen wollen wir als GRÜNE JUGEND Bremen etwas tun.
- 7 Wir wollen das Leben bezahlbar machen, Schule zu einem schönen Ort umgestalten
8 und das Klima schützen.
- 9 Und genau mit diesen Themen wollen wir im Bürgerschaftswahlkampf Kampagne
10 machen, für ein Bremen für alle statt für Profite.

11 Wohnen für alle!

- 12 Wohnen ist ein Grundrecht. Für immer mehr Menschen wird es zum Luxus. Wer
13 arbeitet, gibt einen großen Teil des Lohns für die Miete aus, und am Monatsende
14 bleibt kaum etwas übrig. Gleichzeitig stehen Wohnungen leer, weil sich Leerstand
15 für Eigentümer*innen manchmal mehr lohnt. Wohnraum ist da, er wird nur nicht
16 genutzt, weil er als Geldanlage gilt und nicht als Zuhause. Hohe Mieten und
17 Leerstand sind zwei Seiten desselben Problems: Wohnraum wird nach Rendite
18 verteilt statt nach Bedarf.
- 19 Am härtesten trifft das Menschen, die ihre Wohnkosten allein tragen.
20 Alleinerziehende sind in der großen Mehrheit Frauen, und sie haben am wenigsten
21 Spielraum, auf dem Wohnungsmarkt auszuweichen.
- 22 Am deutlichsten wird das bei Frauen, die vor Gewalt fliehen. Frauenhäuser sind
23 überlastet, und es fehlen Plätze. Wer das Frauenhaus verlassen will, findet
24 keine bezahlbare Wohnung. Plätze werden nicht frei, und manche Frauen kehren in
25 gewaltvolle Beziehungen zurück, weil ihnen die Alternative fehlt. Wer gehen
26 muss, braucht einen Ort, an den sie gehen kann. Zudem müssen Frauenhäuser
27 staatlich besser ausfinanziert und gefördert werden. Denn jede Frau* verdient
28 einen sicheren Ort zum Wohnen.
- 29 Die GRÜNE JUGEND stellt deshalb im Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2027 soziale
30 Wohnpolitik und den Schutz von Frauen* in den Mittelpunkt.

31 Wir fordern:

- 32 1. Mieten senken und Leerstand sanktionieren: Bezahlbarer Wohnraum ist
33 vorhanden, wenn wir ihn nutzen. Wer Wohnungen leer stehen lässt, soll
34 dafür zahlen, und Mieten müssen sinken statt steigen.
- 35 2. Frauenhäuser ausbauen und unterstützen: Mehr Plätze, dauerhafte
36 Finanzierung und ein sicherer Weg in eine eigene Wohnung.

37 Klima für alle!

38 Wer in Bremen unterwegs ist weiß, dass es im Sommer dort oft zu heiß, im Winter
39 zu kalt ist. Die Klimakrise macht das jeden Tag spürbarer. Hitzeperioden,
40 Starkregen und Sturmfluten verändern unsere Stadt. Viele Parteien reagieren
41 darauf mit Angst. Wir wollen zeigen, wie es konkret aussehen kann, wenn wir die
42 Stadt jetzt anders gestalten. Denn wer an die Zukunft glaubt, setzt sich auch
43 dafür ein.

44 Wir stellen uns eine Stadt vor, in der das Wohnzimmer an der Weser liegt, statt
45 dass die Weser im Wohnzimmer steht. Eine Stadt mit mehr Platz für Menschen und
46 weniger Autos. Mit Straßenbahnen und Bussen, in die alle einfach einsteigen und
47 irgendwo hinfahren können, ohne auf den Preis zu schauen. Mit Plätzen, auf denen
48 es im Sommer kühl und im Winter warm ist, drinnen wie draußen. Mit Bäumen und
49 Grün statt Asphalt, und mit einer Waterfront, die für alle da ist.

50 Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wer sich kein Auto leisten kann, ist auf
51 einen guten und bezahlbaren Nahverkehr angewiesen. Wer keinen Garten und keine
52 Klimaanlage hat, braucht öffentliche Räume, in denen man sich aufhalten kann.
53 Die Stadt gehört uns, nicht den Öl- und Gaskonzernen. Sie profitieren davon,
54 dass wir auf Verkehr und fossile Energien angewiesen sind. Wenn Wind und Wetter
55 uns die Stadt nicht nehmen können, dürfen es Shell und BP erst recht nicht.

56 Beide Forderungen hängen zusammen: Weniger Autos schaffen Platz, der entsiegelt
57 und begrünt werden kann, und gut erreichbare, gut nutzbare Orte machen Stadt für
58 alle lebenswert. Deshalb stellt die GRÜNE JUGEND im Wahlkampf zur
59 Bürgerschaftswahl 2027 klimagerechte Mobilität und eine lebenswerte Stadt in den
60 Mittelpunkt.

61 Wir fordern:

- 62 1. Kostenloser Nahverkehr: Mobilität für alle, weniger Autos, mehr Platz für
63 Menschen.
- 64 2. Mehr Kühl- und Wärmeorte und Entsiegelung: Öffentliche Räume, die bei
65 Hitze und Kälte Schutz bieten, dazu Flächen abpflastern und neu
66 bepflanzen.

67 Bildung für alle!

68 „Die Jugend wird fauler, dümmer, weniger leistungsbereit.“ Diesen Satz hören wir
69 immer wieder. Er ist bequem, denn er schiebt politische Verantwortung auf junge

- 70 Menschen ab. Währenddessen werden junge Menschen mit einem veralteten
71 Bildungssystem konfrontiert, das Ungleichheit verstärkt, statt sie abzubauen.
- 72 Schüler*innen müssen sich einem System anpassen, das auf ihre Lebensrealität
73 kaum Rücksicht nimmt. Wer früh aufstehen muss, weil der Unterricht vor acht
74 beginnt, lernt schlechter. Wer sich Nachhilfe, Mobilität oder Freizeitangebote
75 nicht leisten kann, hat von Anfang an weniger Chancen. Wie weit jemand kommt,
76 hängt noch immer stark davon ab, was die Familie sich leisten kann.
- 77 Auch Auszubildende und Schüler*innen leisten jeden Tag viel, bekommen aber nicht
78 die Entlastungen, die für Studierende selbstverständlich sind. Wer arbeitet oder
79 lernt und wenig Geld hat, braucht dieselbe Unterstützung, egal ob in Schule,
80 Ausbildung oder Studium.
- 81 Wir wollen, dass sich Schule und Bildung an den Bedürfnissen junger Menschen
82 orientieren. Jede*r muss die gleichen Chancen haben, unabhängig von Herkunft.
83 Deshalb stellt die GRÜNE JUGEND im Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2027
84 Bildungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt.
- 85 Wir fordern:
- 86 1. Schulbeginn um 9 Uhr: Unterricht, der zum Rhythmus von Jugendlichen passt,
87 damit alle ausgeschlafen lernen können.
 - 88 2. Studierendenvorteile auch für Schüler*innen und Auszubildende:
89 Vergünstigungen und Entlastungen dürfen nicht an den Status
90 „Studierende*r“ gebunden sein.